



GZ: ABT13-421111/2024-28

Graz, am 12.02.2026

Ggst.: lt. Verteiler, IPPC-Anlage, Massenabfalldeponie MBA  
Halbenrain, FCC Abfallservice Halbenrain Gesellschaft m.b.H  
Co. Nfg KG, Gst. Nr. 597/27 und 602/12, KG Halbenrain,  
Anzeige zur Errichtung und Betrieb eines Batteriespeichers gem.  
§ 37 Abs. 4 Z 9 AWG 2002 v. 23.12.2024, Auflage

## **Kundmachung der öffentlichen Auflage eines Genehmigungsantrages**

In folgender Angelegenheit erfolgt die Auflage gemäß § 50 Abs. 2 Abfallwirtschaftsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 102/2002 in der Fassung BGBl. I Nr. 84/2024:

Die FCC Halbenrain Abfall Service Gesellschaft m.b.H & CO. Nfg KG, Halbenrain 147, 8492 Halbenrain, beantragte mit Schreiben vom 23.12.2024 beim Landeshauptmann von Steiermark als Abfallrechtsbehörde die Errichtung und der Betrieb eines Batteriespeichers von rd. 2.000 kWh und Leistung von rd. 750 kW auf dem Gelände der eingangs genannten Firma Gst. Nr. 597/27, KG Halbenrain nach § 37 Abs. 4 Z 9 AWG 2002 im Anzeigeverfahren angezeigt. Die Errichtung des Speichers ist auf einem Grünstreifen zwischen Hallenaußenwand und Zufahrtsstraße auf einem Betonfundament geplant. Nachdem das Vorhaben in der Nähe des Europaschutzgebietes 14, ca. 1,5 km entfernt, situiert ist, wurde mit Schriftstück vom 11.04.2025 der eingangs genannte Antrag um naturschutzrechtliche Bewilligung erweitert.

Dieser Antrag ist gemäß § 37 Abs. 3 Z 5 AWG 2002 in Verbindung mit § 38 Abs. 1 AW 2002 im vereinfachten abfallrechtlichen Verfahren abzuhandeln und nicht wie beantragt nach § 37 Abs. 4 Z 9 AWG 2002.

Gemäß § 50 Abs. 4 AWG 2002 haben **Parteistellung** im vereinfachten Verfahren:

- der Antragsteller
- derjenige, der zu einer Duldung verpflichtet werden soll
- das Arbeitsinspektorat gemäß dem Arbeitsinspektionsgesetz 1993
- die Gemeinde des Standortes hinsichtlich der Verfahren gemäß § 37 Abs. 3 Z 1 (Bodenaushubdeponien unter 100.000 m<sup>3</sup>) mit dem Recht, die Wahrung der öffentlichen Interessen gemäß § 1 Abs. 3 Z 1 bis 4 im Verfahren geltend zu machen
- das wasserwirtschaftliche Planungsorgan in Wahrnehmung seiner Aufgaben
- der Umweltanwalt mit dem Recht, die Einhaltung von naturschutzrechtlichen Vorschriften und hinsichtlich der Verfahren gemäß § 37 Abs. 3 Z 2 bis 4 die Wahrung der öffentlichen Interessen gemäß § 1 Abs. 3 Z 1 bis 4 im Verfahren geltend zu machen

Die Behörde hat Anträge nach Maßgabe eines vereinfachten Verfahrens für **vier Wochen** aufzulegen.

Eine mündliche Verhandlung verbunden mit einem Ortsaugenschein findet nicht statt.

**Nachbarn** im Sinne § 50 Abs. 2 AWG 2002 haben die Möglichkeit innerhalb der **4-Wochen-Auflagefrist** in das Projekt Einsicht zu nehmen und sich zu den geplanten Maßnahmen innerhalb der 4-Wochen-Frist schriftlich zu äußern. Die Behörde hat auf eingelangten Äußerungen Bedacht zu nehmen (siehe § 50 Abs. 2 AWG 2002).

Die für das Verfahren eingereichten Pläne und Unterlagen liegen während der **Auflagefrist** in der Abteilung 13, Stempfergasse 7, 8010 Graz, Servicestelle im Erdgeschoss sowie bei der Standortgemeinde Marktgemeinde Halbenrain, Halbenrain 20, 8492 Halbenrain zur Einsicht auf.

**Planeinsicht kann bei der Abteilung 13 nur nach Voranmeldung erteilt werden (Telefonnummer zur Anmeldung: 0316 877 DW 3831 oder DW 3182).**

Die **Auflagefrist** beginnt mit **16.02.2026 für die Dauer von 4 Wochen.**

**Rechtsgrundlagen:** § 50 des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 – AWG 2002, BGBl. I Nr. 102/2002 in der Fassung BGBl. I Nr. 84/2024

Für den Landeshauptmann  
Der Abteilungsleiter-Stellvertreter i.V.

Mag. Stefan Bogusch  
(elektronisch gefertigt)